

Jochims, Louise

**Mehr gestellt als Gleich. Eindrücke einer frauenpolitischen
Begegnungswoche mit Gleichstellungsbeauftragten in Dresden, Meißen und
Leipzig: "Wir sind das Volk"**

Zeitschrift für Entwicklungspädagogik 14 (1991) 3, S. 2-9



Quellenangabe/ Reference:

Jochims, Louise: Mehr gestellt als Gleich. Eindrücke einer frauenpolitischen Begegnungswoche mit Gleichstellungsbeauftragten in Dresden, Meißen und Leipzig: "Wir sind das Volk" - In: Zeitschrift für Entwicklungspädagogik 14 (1991) 3, S. 2-9 - URN: urn:nbn:de:0111-pedocs-64453 - DOI: 10.25656/01:6445

<https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:0111-pedocs-64453>

<https://doi.org/10.25656/01:6445>

in Kooperation mit / in cooperation with:

ZEP

Zeitschrift für internationale Bildungsforschung
und Entwicklungspädagogik

"Gesellschaft für interkulturelle Bildungsforschung und Entwicklungspädagogik e.V."

<http://www.uni-bamberg.de/allgpaed/zep-zeitschrift-fuer-internationale-bildungsforschung-und-entwicklungspaedagogik/profil>

Nutzungsbedingungen

Gewährt wird ein nicht exklusives, nicht übertragbares, persönliches und beschränktes Recht auf Nutzung dieses Dokuments. Dieses Dokument ist ausschließlich für den persönlichen, nicht-kommerziellen Gebrauch bestimmt. Die Nutzung stellt keine Übertragung des Eigentumsrechts an diesem Dokument dar und gilt vorbehaltlich der folgenden Einschränkungen: Auf sämtlichen Kopien dieses Dokuments müssen alle Urheberrechtshinweise und sonstigen Hinweise auf gesetzlichen Schutz beibehalten werden. Sie dürfen dieses Dokument nicht in irgendeiner Weise abändern, noch dürfen Sie dieses Dokument für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, aufführen, vertreiben oder anderweitig nutzen. Mit der Verwendung dieses Dokuments erkennen Sie die Nutzungsbedingungen an.

Terms of use

We grant a non-exclusive, non-transferable, individual and limited right to using this document.
This document is solely intended for your personal, non-commercial use. Use of this document does not include any transfer of property rights and it is conditional to the following limitations: All of the copies of this documents must retain all copyright information and other information regarding legal protection. You are not allowed to alter this document in any way, to copy it for public or commercial purposes, to exhibit the document in public, to perform, distribute or otherwise use the document in public.

By using this particular document, you accept the above-stated conditions of use.

Kontakt / Contact:

peDOCS
DIPF | Leibniz-Institut für Bildungsforschung und Bildungsinformation
Informationszentrum (IZ) Bildung
E-Mail: pedocs@dipf.de
Internet: www.pedocs.de

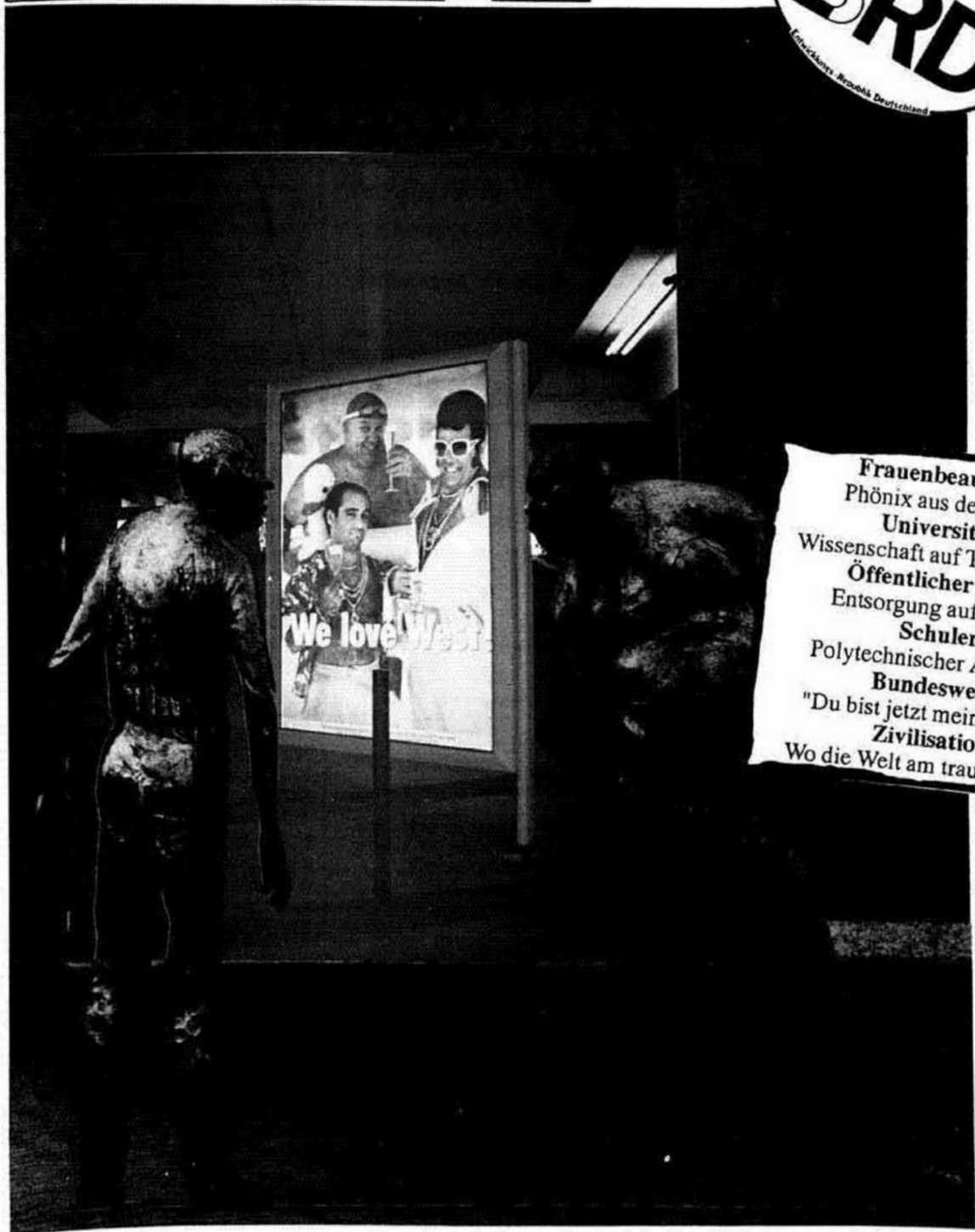
Digitalisiert

Mitglied der


Leibniz-Gemeinschaft

ZEP

Deutschland
Ost - West



Frauenbeauftragte
Phönix aus der Asche?
Universitäten
Wissenschaft auf Tauchstation
Öffentlicher Dienst
Entsorgung auf deutsch
Schulen
Polytechnischer Abgang
Bundeswehr
"Du bist jetzt mein Freund"
Zivilisation
Wo die Welt am traurigsten ist

Zeitschrift für Entwicklungspädagogik

Sozialer Wandel als Herausforderung für Philosophie und Pädagogik

14.Jahrgang

Oktober

3

1991

ISSN 0175-0488D

Inhalt:

Louise Jochims	2	Mehr gestellt als Gleich Eindrücke einer frauenpolitischen Begegnungswoche mit Gleichstellungsbeauftragten in Dresden, Meissen und Leipzig
Albert Franke	10	Wo kommen wir her? Wo treibt man uns hin?
	13	Nicht geeignete Personen für öffentlichen Dienst
	14	".. Berufswechsel ist nahezulegen"
	15	"Entlassung ist vordringlich.."
Frank Ahlers	17	DDR-Schulen im Umbruch Ein Rückblick in Fakten und Zahlen
H.-P. von Kirchbach	20	Zusammenwachsen lernen oder: Über den schwierigen Versuch aus Feinden Freunde zu machen
ZEPpelin	26	Es fährt ein Zug nach irgendwo...
	27	Entwicklungspädagogische Initiative in Ostdeutschland
United Nations	28	Auszüge aus dem "Human Development Report" 1991
Kommentar	34	Bildung 2000: Dornröschenschlaf der Bildungspolitik?
	35	Leserbrief
	36	Rezensionen
	40	Informationen

Impressum: ZEP - Zeitschrift für Entwicklungspädagogik. Sozialer Wandel als Herausforderung für Philosophie und Pädagogik. 14.Jg 1991 Heft 3. Die Zeitschrift erscheint im Verlag Schöppe & Schwarzenbart Tübingen / Hamburg. Herausgeber: Gesellschaft zur Förderung der Entwicklungspädagogik GfE Geschäftsführender Herausgeber: Alfred K. Tremel Redaktionsanschrift: 2055 Dassendorf, Pappelallee 19, Tel. 04104/3313. Redaktions-Geschäftsführer: Arno Schöppe, Tel. 040/6541-2921. Redaktion: Prof.Dr. Asit Datta, Hannover; Dr. Hans Gängler, Dortmund; Pfr. Georg-Friedrich Pfäfflin, Stuttgart; Dipl.Päd. Ulrich Klemm, Ulm; PD Dr. Gottfried Orth, Karlsruhe; Klaus Seitz M.A., Nellingenheim; Prof.Dr. Alfred K. Tremel, Hamburg. Kolumne: Barbara Toepfer (ZEPpelin), Amöneburg; Ständige Mitarbeit: Irene Gocht (Lyrik, Kurzprosa), Tübingen; Achim Heinrichs (Fotos), Tübingen. Technische Bearbeitung/EDV: Heike Selinger, Britta Stade, Claudia Stern (incl. Layout) Anzeigenverwaltung: Verlag Schöppe & Schwarzenbart, Nonnengasse 1, 74 Tübingen, Tel.: 07071/22801. Verantwortlich i.S.d.P.: Arno Schöppe für den Themenschwerpunkt; im übrigen der geschäftsführende Herausgeber Titelbild: Achim Heinrichs Fotos: Achim Heinrichs, Tübingen (sowie div. Privatfotos);

Anmerkung: Generische Maskulina werden im Text, falls von den Autoren nicht anders vermerkt, dem Sprachgebrauch im Deutschen entsprechend, geschlechtsneutral verwendet.

Erscheinungsweise und Bezugsbedingungen:

erscheint vierteljährlich; Jahresabonnement DM 28,- Einzelheft DM 7,-; alle Preise verstehen sich zuzüglich Versandkosten; Zu beziehen durch alle Buchhandlungen oder direkt vom Verlag. Abbestellungen spätestens acht Wochen vor Ablauf des Jahres.

Verlagsanschrift: Verlag Schöppe & Schwarzenbart, Nonnengasse 1, 74 Tübingen, Tel.: 07071/22801. ISSN 0175-0488 D

Louise Jochims

Mehr gestellt als Gleich

"Eine Frau, die an die Gleichstellung ihres Geschlechts mit den Männern denkt, muß bereits sehr viele confuse Bücher gelesen haben."
Wilhelm Heinrich Riehl

Eindrücke einer frauenpolitischen Begegnungswoche mit Gleichstellungsbeauftragten in Dresden, Meißen und Leipzig:

"Wir sind das Volk"

Sind die Frauen im Osten tatsächlich die Verliererinnen der Vereinigung der beiden Deutschlands östlich und westlich der Elbe? Die Autorin zeigt, daß eine Antwort auf diese häufig gestellte Frage nicht nur die gesellschaftlichen Verhältnisse sondern insbesondere auch die Männer und ebenso die scheinbar unbeteiligten "Wessis" mitumfassen muß. Sie beinhaltet Probleme wie die politische Apathie nach der Wende, eine Wiederbelebung des männlichen Chauvinismus, Arbeitslosigkeit, Frauenbildung, politische Partizipation, den Paragraphen 218, Gewaltzunahme im Osten und die moralische Verantwortung für eine vierzigjährige SED-Herrschaft, die die Frauen in ähnlichem Maße betrifft wie die männlichen "Mandats"-träger. "Wenn Frauen in den neuen Bundesländern Verliererinnen sind - dann sind wir (im Westen) es genauso". (as)

I. Frauen - die Verliererinnen der Wiedervereinigung?

Die Frage nach den "Verliererinnen" stellen - und das ist im Zusammenhang mit der Wiedervereinigung sehr oft geschehen - heißt, sie wenigstens für möglich zu halten, manche mögens vielleicht auch hoffen. Und sehr vieles spricht auch dafür, daß Frauen mehr als Männer zu verlieren haben. Sie ist aber zuerst und vor allem eine geschlechtsspezifische Fragestellung, in der sich die Position von Frauen in unserer patriarchal geprägten Gesellschaft ausdrückt. Niemand käme auf die Idee danach zu fragen, ob Männer vielleicht die "Verlierer" der Wiedervereinigung sein könnten

- sie scheinen per Definition auf der "Gewinnerseite" zu stehen, die Sieger zu sein, Frauen notgedrungen die Besiegten: Die Beziehungen von Frauen und Männern als Schlachtfeld genommen, auf dem ein von vornherein ungleicher Machtkampf tobt. Daß es so einfach nicht geht, daß diese Einseitigkeit der Fragestellung zu kurz greift, daß sich Ost-Frauen heftig gegen diese Etikettierung wehren, wir endlich aufhören sollten, diese Frage zu stellen, vielmehr dazu beitragen, daß aus dem "Vaterland", das sich vereinigt hat, auch ein "Mutterland" mit einem emanzipatorischen Anspruch für beide Geschlechter wird - das sind wichtige Eindrücke meiner Reise als Journalistin mit Frauenbeauftrag-

ten aus Baden-Württemberg zu Gleichstellungsbeauftragten in Dresden, Meißen und Leipzig. Veranstaltet von der "Landeszentrale für politische Bildung Baden-Württemberg", Christine Herfel, Referat: Frauen.

II. Panta rhei - alles fließt

Eine Reise in die neuen Bundesländer kann nicht mehr, aber auch nicht weniger sein als eine spannende Momentaufnahme in einer bewegenden und sich bewegenden Phase der deutschen Geschichte, die wie mit einem "Paukenschlag" an jenem alles entscheidenden 9. November einsetzte. Nie zuvor ist mir dabei das "Panta rhei - alles fließt" des Griechen Heraklit, der fließende Charakter von Geschichte so bewußt geworden, als ich am 9. November in Gedanken zwei meiner Töchter mit auf der Mauer tanzen und feiern sah: Dieser Tanz auf dem Symbol 40 Jahre DDR-Geschichte, die nur scheinbar in einer Nacht zusammenbrach, sollten Umbruch, Aufbruch, Zusammenbruch, auch Durchbruch (?) der Wende von nun an markieren. "Wir sind das Volk" - der Freiheitsruf der Frauen und Männer fegte ein Regime hinweg, das versucht

hatte, seine Ideologie einer sozialistischen Gesellschaftsordnung durch Mauer, Stacheldraht und Schießbefehl zu stützen und damit scheiterte, lange gescheitert war bevor es uns in den alten Bundesländern bewußt geworden war. Die Befreiung von diesem Regime galt also für Frauen und Männer in gleicher Weise - aber es ist die Frage zu stellen, was sie eingetauscht haben und in wie weit Frauen und Männer beide "das Volk" sind.

III. Zwischen Resignation und Hoffnung

Bei meiner Reise eineinhalb Jahre später stellte sich mir daher vor allem die Frage: Was ist aus diesem fröhlichen Aufbruch auch und gerade des Frauenaufbruchs geblieben, ist noch etwas von dieser Stimmung zu spüren? Die Radikalität, die Euphorie, die Begeisterung? Es gibt diese Stimmung noch, aber ich möchte sie als eine zwischen Resignation und Hoffnung bezeichnen. Eine Stimmungslage, die verhalten, nachdenklich ist, die von dem "Himmel-hoch-Jauchzen" der so sehr gewünschten, ersehnten und schließlich erreichten Wiedervereinigung weit entfernt ist. Das kann nicht verwundern. Auf der einen Seite haben 40 Jahre DDR-Geschichte, kollektiv und individuell tiefe Spuren hinterlassen und die Auseinandersetzung mit dieser wird noch eine lange Zeit andauern. Auf der anderen Seite ist das, was seit der Wende geschehen und noch zu erwarten ist, für viele noch wie das Erwachen aus einem Traum oder einer Illusion: Auf die Realität eines real existierenden Kapitalismus westdeutscher Prägung und einer sie tragenden Gesellschaftsordnung, in der keiner und keinem etwas geschenkt wird, waren weder Frauen noch Männer vorbereitet und das läßt nicht (mehr) unbedingt zu stimmungsmäßigen Höhenflügen ein.

Dabei erfahren Frauen und Männer diese Veränderung gleich und doch sehr verschieden. Dies ist in erster Linie an dem Problem der Gleichberechtigung oder der Gleichstellung von Frau und Mann festzumachen. In einer sozialistischen Gesellschaft ist sie Dreh- und Angelpunkt, da diese Staaten die Gleichberechtigung von Frau und Mann in allen Lebensbereichen zu ihrem staatspolitischen Programm erklären. Zu Beginn der 70er Jahre hatten die DDR-Machthaber die Gleichberechtigung als erfüllt betrachtet, die Frage galt als erledigt, es wurde nicht mehr darüber gesprochen oder Untersuchungen, die zu einer ganz anderen Bewertung gekommen waren, wurden unterdrückt. Hatten Frauen und Männer diese Gleichberechtigung akzeptiert? Lebten sie eine solche, wenigstens in Ansätzen, und aus Überzeugung?

Und wie sieht es in Zukunft in einem wiedervereinigten Deutschland aus? Immer wieder war und ist in den alten Bundesländern zu hören, daß Ost-Frauen wesentlich emanzipierter als ihre westdeutschen Schwestern seien. Nicht zuletzt durch ihre Berufstätigkeit und ökonomische Unabhängigkeit. Im Gegensatz zu uns, wo Frauen noch einen wesentlich niedrigeren Grad erreicht haben, ökonomisch abhängiger sind und wo das Ungleichgewicht in der Beziehung der Geschlechter viel erkennbarer war und ist. Verschiedene Beobachtungen sprechen gegen eine weiter vorangeschrittene Gleichberechtigung und eine damit verbundene Emanzipation der Frauen als bei uns - von Männern ganz abgesehen. Da wäre die aufschlußreiche Feststellung einer Frau aus Leipzig zu nennen, die sagte: "Ihr habt ja gar keine Ahnung, wie sich viele unserer Männer nach der Wende entwickelt haben. Es ist, als ob etwas von ihnen abgefallen wäre, was sie 40 Jahre lang nicht so offen zeigen konnten." Dazu gehören lang unterdrückte Ansprüche von Herrschaft und Macht, es wächst die Gewalt an Frauen, die Weigerung nimmt zu, frauenspezifische Interes-

sen, Forderungen und Notwendigkeiten nach Frauenhäusern, Bildungseinrichtungen, Kinderbetreuungsmöglichkeiten wahrzunehmen, geschweige denn überhaupt anzuerkennen. Sogar, wie Frauen aus Meißen berichteten, was aber auf der gleichen Linie liegt, das Verbot mancher Männer an ihre Frauen, sich an frauenpolitischen Aktivitäten zu beteiligen. Ebenfalls in Meißen wurde eine aktive, feministisch denkende Frau als Gleichstellungsbeauftragte abgelehnt, statt dessen eine sicher bemühte, aber schwache CDU-Frau als "Bürgerbeauftragte" eingesetzt. Nomen ist Omen.

IV. Friedliche Revolution?

Wie sehen in diesem Licht die Veränderungen in der früheren DDR aus? "Wir sind das Volk": Sehr viel wurde bei uns von der "friedlichen Revolution" gesprochen und geschrieben, die sich in der früheren DDR während des Jahres 1989 ereignet habe. Friedlich war sie, wird das Nicht-Blutvergießen als Maßstab genommen, das diese Revolution von allen uns in der neueren



Abb. 1: Die Nikolai-Kirche in Leipzig, von der, neben den allen anderen Kirchen auch, nach dem Gottesdienst am Montagabend die "Montagsdemonstrationen" ausgingen. Die Kirchen trugen sehr viel mit dazu bei, daß die Wende in der früheren DDR friedlich verlief.

Geschichte bekannten unterscheidet. Aber ich vertrete die These, daß diese auch noch so friedliche Revolution in dem Sinne einer grundlegenden Veränderung der Gesellschaft gewesen ist, von der auch die Stellung der Frau beeinflusst worden wäre: Vorher herrschten Männer und beherrschten Frauen, sie tun es jetzt wieder, Frauen haben höchstens die Herren gewechselt. Ein paar sehr alte Männer sind - nicht freiwillig - abgetreten, etwas weniger alte haben sie ersetzt. Aber auch aus den Mündern von Frauen ertönte der Ruf: "Wir sind das Volk", hatten Frauen nicht nur einen bedeutenden Anteil an der Wende, sondern forderten mit als erste umfassende demokratische Veränderungen für eine Gesellschaft, die frei von Unterdrückung und Ausbeutung für Frauen und Männer sein sollte. Aber als die Wende geschafft war, stockte vielen Frauen gleichsam der Atem: Sie mußten erkennen, daß sie keineswegs "das Volk" waren und bei der Neuordnung von Arbeit und Politik nicht wirklich gemeint waren. Lag es vielleicht daran, daß eine Leipzigerin, nach der Geschichte der Montagsdemonstrationen und ihrer persönlichen Erfahrungen befragt, nur sehr zögernd und ausweichend antwortete?

V. Frauen nach der Wende

Scheint dieser Aufbruch zu verpuffen? Ist ebendoch ohne Frauen "Staat zumachen?" Eine konservativ-christliche Regierung kann es sich erlauben und dies trotz (oder weil?) erster und zweiter, alter und neuer Frauenbewegung, trotz des Artikels drei des Grundgesetzes, die spezifischen Lebens- und Arbeitsbedingungen von Frauen fast geringschätzig mit dem Satz abzutun: "Die Interessen von Frauen und Behinderten werden berücksichtigt." Dahinter muß ein mehr als großes Fragezeichen gemacht werden. Nicht nur lehrt die Geschichte, daß Frauen-Interessen von Männern kaum jemals vertreten wurden, im Gegenteil, sondern auch Entwicklung von Frauenerwerbstätigkeit spielten jedenfalls bisher in den politischen Diskussionen kaum eine Rolle. Und das läßt nicht viel Hoffnung auf eine Zukunft zu, in der nicht mehr, nach Ute Gerhard in "Gleichheit ohne Angleichung", unter Gleichberechtigung die Angleichung an die "Mannesstellung" verstanden wird, weibliche Lebens- und Arbeitszusammenhänge an die "Norm", die Männer, angepaßt werden oder Frauen umgekehrt sich anpassen lassen. So sind Frauen überproportional hoch von der Arbeitslosigkeit betroffen, ihre Töchter finden nur schwer einen Ausbildungsplatz, so daß vielleicht bald wieder der Rat einer Mutter wichtig werden könnte (vgl. Abb.2):



Abb. 2: Mädchen auf eine Heirat vorzubereiten, sie "versorgt" zu wissen, mußten Ziele und Aufgaben von Müttern sein, in einer Zeit, in der Töchtern keine andere Perspektive als die Ehe hatten.

Weiter sind Frauen in den Bereichen von Wirtschaft, Wissenschaft und Politik, vor allem in den hohen Entscheidungsgremien höchstens wie "seltene Orchideen" unter vielen Männern vertreten, die dort in ihrer Vielzahl wie "Gänseblümchen" wachsen. Zum Beispiel gibt es unter 47 Mitgliedern des Gemeinderates in der Stadt Meißen nur zwei Frauen. Gesetze entstehen nur unter einer marginalen Einflußmöglichkeit von Frauen. Daran können auch die 150 Gleichstellungsbeauftragten in Sachsen, 75 davon allein im Regierungsbezirk Leipzig, nicht viel ändern, obwohl Frauen dies als einen Erfolg betrachten. Diese sind noch ein Zugeständnis der Modrow-Regierung, daß ab 10.000 Einwohnerinnen und Einwohnern Gleichstellungsbeauftragte berufen wurden. Und ein Eingeständnis zugleich, daß die Gleichberechtigung der Frauen nicht erreicht worden war. Was nicht heißt, daß diese Einrichtungen gerne akzeptiert würden - im Gegenteil. So sag-

ten uns Frauen aus Leipzig, daß ihnen immer wieder vorgehalten wird: "Frauenhäuser, Frauenbildungszentren - alles überflüssig. Eine Frauenfrage gibt es doch gar nicht." Oder die Klage: "Die Altstadt wird jetzt saniert, für Frauen ist kein Geld da."

Hinzu kommt zum einen das Problem, daß nur sehr wenige der Gleichstellungsbeauftragten hauptberuflich arbeiten, sondern ehrenamtlich, andere Tätigkeiten aber die Kräfte binden. Zum anderen wurden sie berufen, aber nicht gewählt und kamen oft aus ganz anderen Berufen: Eine frühere Agrar-Ingenieurin ist wenig auf die Tätigkeit einer Gleichstellungsbeauftragten vorbereitet. Dennoch identifizierten sich alle, mit denen wir gesprochen haben, mit ihrer neuen Tätigkeit, hatten im Sinne des Heinrich Riehl "viele confuse Bücher gelesen" und knüpfen große Hoffnungen an ihre Aufgaben. So wurden Frauen in

Dresden beispielsweise sehr nachdenklich, als die baden-württembergischen Frauenbeauftragten zugeben mußten, daß sich ihre Einflußmöglichkeiten nur in einem begrenzten Rahmen halten würden. Doch hier zu resignieren, würde im Sinne der Begründerin der deutschen Frauenbewegung, Louise Otto, (1819 bis 1895), bedeuten, sich selbst aufzugeben. Louise Otto hatte 1949 mit der Herausgabe der ersten politischen Frauen-Zeitung Sätze von beachtlicher Aktualität geschrieben: "Mitten in den großen Umwälzungen, in denen wir uns alle befinden, werden sich die Frauen vergessen sehen, wenn sie selbst an sich zu denken vergessen."

Diese Gefahr ist aber gegeben. Gleichstellungsbeauftragte berichteten, daß es sehr schwer sei, Frauen für (frauen-) politische Aktivitäten zu gewinnen, sie wollten von der Politik im Moment nichts mehr hören. Dieser Rückzug ins Private scheint nach 43 Jahren psychischer und physischer Dauerbelastung und Überforderung verlockend zu sein. Aber das Problem liegt darin, daß die Weichen jetzt für die Zukunft gestellt werden. Dieser Gefahr eines politischen Rückzugs sind sich Gleichstellungsbeauftragte oder frauenpolitisch motivierte Frauen sehr wohl bewußt und versuchen gegenzusteuern: Frauenbildungszentren, Frauenrechtsberatungen, das Europa-Zentrum in Meißen oder Frauencafés sind wichtige Ansatzpunkte.

VI: Arbeitslosigkeit - drängendes Frauen-Problem

Mit am meisten Angst vor der Zukunft bereitet Frauen die große Arbeitslosigkeit. Das hat seinen guten Grund: In der früheren DDR waren, laut "Frauen-Report 90", nicht weniger als 91,2 Prozent aller arbeitsfähigen Frauen, Lehrlinge und Studentinnen mitgerechnet, berufstätig. Hierzu äußerte sich Ute Froboeß, Frauenbeauftragte im Regierungsbezirk Leipzig, wobei sie eine Infas-Studie des Bundesministeriums für Frauen und Jugend zitierte, in der es heißt: "In einigen Bereichen wird die Anpassung an westdeutsche Standards zu Friktionen führen." Wörtlich: "Wie selbstverständlich wird vorausgesetzt, daß sich die Frauen an westdeutsche Standards anzupassen haben. Man kann doch eine 40jährige Entwicklung, die ein ganz anderes Selbstverständnis hervorgerufen hat, nicht einfach vom Tisch wischen und sagen, ihr habt euch anzupassen. Denn aus der Dokumentation geht dort auch hervor, daß vielleicht nur vier Prozent der befragten Frauen bereit sind, allein Familienfrauen sein zu wollen. Für die Frauen bei uns ist es eine Selbstverständlichkeit, Beruf und Familie miteinander zu

vereinbaren. Und das ist eine Sache, dagegen müssen wir uns ganz einfach massiv zur Wehr setzen." Früher hätten sich Frauen über Arbeitskollektive definiert. Ute Froboeß noch einmal: "Diese waren alles. Hier entstanden Freundschaften und soziale Beziehungen, die ihre Forschung durch Kultur-, Freizeit- und Bildungspläne fanden. Sie waren befohlen, gewiß. Aber sie waren nun einmal da. Das bricht jetzt alles zusammen. Gesprochen wird bei uns viel vom Aufbau der wirtschaftlichen Infrastrukturen. Was wir aber auch brauchen, das sind neue Sozialstrukturen. Was fehlt, sind Vereine und Selbsthilfegruppen, wo Frauen zusammenkommen können." Und das heißt: Mit dem Verlust des Arbeitsplatzes fallen Frauen sehr oft in eine totale Vereinsamung. Sie bleiben im Haus aber fühlen sich allein, es fehlt eine entscheidende Selbstbestätigung. Die Arbeit war wie eine Klammer, die die Persönlichkeit gehalten hat und jetzt bedroht ist. Über den emanzipatorischen Wert von Berufstätigkeit mit Ost-Frauen diskutieren zu wollen, das wäre fast lächerlich, der ist eine Selbstverständlichkeit. So war auch dieser Punkt kein Diskussionsthema, nur die Frage, was gegen die immer größer werdende Arbeitslosigkeit unter den Frauen getan werden könne.

Eine Ausbildung der jungen Frauen in den alten Bundesländern wird nur mit sehr gemischten Gefühlen befürwortet, die Hauptsorge ist, daß diese nicht wiederkommen: "Monatlich wandern aus Sachsen", so eine Feststellung, "10 000 Menschen in die neuen Bundesländer. Wenn dieser Auszug nicht gestoppt wird, ist Sachsen nach dem Jahr 2000 ein Altersheim." So gab es die eine Überlegung, sogenannte "Übungsfirmen" damit zu betrauen, die eine überbetriebliche Ausbildung insbesondere für Mädchen schaffen sollen. Arbeitslose Lehrausbilderinnen stünden zur Verfügung. Negative Erfahrungen mit solchen Ausbildungen ließ von den baden-württembergischen Frauenbeauftragten Zweifel an der Effizienz der Firmen aufkommen. Aber dem Gegenargument, daß solche Übungsfirmen immer noch besser seien, als die Töchter ganz wegzugeben, konnten sich die West-Frauen nicht verschließen. Daß es keine fertigen Rezepte gab, ist nicht verwunderlich, aber: Mit dem Abbau von Frauenarbeitsplätzen und der ihnen direkt oder indirekt angebotenen "Wahlfreiheit" von Beruf oder Familie wird ganz eindeutig gegen die Interessen von Frauen entschieden, die Minister Schäuble zu berücksichtigen versprochen hatte.

Hinzu kommt der Abbau der Kinderbetreuungsmöglichkeiten. Mit dem 2. Juli droht der Verlust von nicht weniger als 500.000 Plätzen. Sie waren und sind für

Frauen existenziell, denn nur so konnten und können sie Beruf und Familie miteinander vereinbaren, oder haben die Möglichkeit, sich jetzt umschulen zu lassen. Aber ohne den Nachweis einer Kinderbetreuungsmöglichkeit erhalten sie diese Chance nicht, was umgekehrt Männern nie abverlangt wird. Karin, eine evangelische Theologin, die jetzt in Dresden ein Frauenbildungszentrum betreut, sagte dazu: "Kindergärten sind nicht nur ein Frauenproblem, sondern ein gesellschaftliches. Das haben aber die wenigsten bisher kapiert." So sehr sie mit dem "gesellschaftlichen Problem" auch Recht hat - ich würde den

"Wie selbstverständlich wird vorausgesetzt, daß sich die Frauen an westdeutsche Standards anzupassen haben"

Akzent etwas anders setzen. Männer und auch Frauen haben das sogar sehr genau kapiert. Denn wenn Frauen durch Kinderhorte und Kindergärten gleichberechtigt am öffentlich-politischen Leben teilnehmen können - eine andere Lösung zeichnet sich zur Zeit nicht ab - würde dies die Gesellschaft wirklich revolutionieren, in ihren Grundstrukturen massiv verändern. Damit aber sind erhebliche Ängste verbunden. Insbesondere müßten Männer einen Teil ihrer Privilegien, ihrer Macht abgeben, die sie stets für "natürlich" gehalten haben. Daß sie dafür an anderer Stelle gewinnen würden - haben die wenigsten bisher verstanden. So ist es auch zu erklären, daß trotz proklamierter Gleichberechtigung Frauen zu mehr als zwei Drittel die Hausarbeit allein erledigen, ihre Männer zum größten Teil nicht daran dachten, sich die lästige und bei der schwierigen ökonomischen Versorgungslage der früheren DDR sehr zeitraubenden Hausarbeit partnerschaftlich zu teilen: Alte Rollenvorgaben hatten sich erhalten und waren nie in Frage gestellt worden. Aber wie sehr auch Frauen alte Rollenbilder akzeptiert haben müssen, fiel uns auf: Die Frauen beklagten dies Verhalten ihrer Männer - aber sie nahmen es hin. Daß auch Männer gefordert seien - das kam nicht ins Bewußtsein oder wurde nicht ausgesprochen.



Abb. 3: Dieses Denkmal der legendären "Trümmerfrau" steht vor dem alten Rathaus in Dresden. Es symbolisiert die Leistungen von Frauen nach dem Krieg, ihren Mut und ihre Kräfte, worauf viele Männer aufbauen konnten. Alles vergessen?

VII. Belastende SED-Vergangenheit

Frauen als Mittäterinnen einer SED-Herrschaft? Sollen, müssen sie, die in der Öffentlichkeit gestanden haben, ausscheiden? Die Problematik wurde uns bewußt, als wir unmittelbar Zeuginnen wurden, wie eine Frau von ihrer Vergangenheit eingeholt wurde: 1990 zur Gleichstellungsbeauftragten berufen, wurde sie bei der Ausschreibung und Neubesetzung ihrer Stelle abgelöst, ohne daß mit ihr darüber gesprochen wurde. Ihre Abwahl war am Abend des 7. Mai gerade erfolgt. Sie gab mir folgendes (gekürztes) Interview, ausdrücklich mit der Erlaubnis, es zu veröffentlichen. An ihrem Beispiel wird zum einen exemplarisch die quälende Auseinandersetzung mit dem SED-Regime und der eigenen Rolle darin deutlich und zum anderen das, was als "Wendehälse" bezeichnet wurde, die Fähigkeit nämlich, sich fast nahtlos auf neue, entgegengesetzte Bedingungen einzustellen:

L.J.: Könntest Du mir sagen, mit welchen Problemen Du konfrontiert wirst, wie Dein

Lebenslauf aussah, bevor Du diese Stellung übernommen hattest?

Christine: Ich habe einen ganz normalen Lebenslauf, wie jeder andere DDR-Bürger auch. In der Form, daß ich eine zehnjährige Schulbildung habe, habe dann einen Beruf gelernt, den ich lernen wollte: Kindergärtnerin. Ich habe 20 Jahre als Kindergartenleiterin gearbeitet, was ich sehr gerne gemacht habe, mußte aber leider dann aus gesundheitlichen Gründen den Beruf wechseln. Schon immer habe ich mich während meines Berufes gesellschaftlich betätigt und zwar als Frauenbeauftragte im DFD (Demokrat. Frauenbund Deutschlands, 1947 gegründet, L.J.), habe dort viele Dinge organisiert, Seminare, Juristen, Ärzte, Lehrerinnen zu Vorträgen geholt. Dann in meinem Wohngebiet, wo ich mich für andere Menschen einsetzen, ihnen helfen konnte. Wir haben innerhalb unseres Wohngebietes auch eine kleinere Frauengruppe gehabt, die Arbeit war eine Befriedigung. Als ich den Beruf wechseln mußte, hatte mich der Bürgermeister der Stadt angesprochen, ob ich nicht die ehrenamtliche Tätigkeit in eine hauptamtliche umwandeln wollte. Ich habe sehr gerne zugesagt. Ich wollte sehr gerne im sozialen Sektor arbeiten, was ja auch mein Beruf war. Das war nicht möglich, weil in der Stadtverwaltung die einzelnen Fachbereiche parteigebunden waren. Ich gehörte der SED an.

L.J.: Wie lange?

Christine: Acht Jahre, von 1980 bis 1988. Bin also relativ spät in die SED hineingekommen. Ich sag' es ehrlich, ich bin mit Überzeugung reingegangen, weil ich der Meinung war, daß ich dort auf sozialem Gebiet viel erreichen kann. Im Herbst 1989 bin ich aus der SED ausgetreten.

L.J.: Warum ausgerechnet zu diesem Zeitpunkt, das war doch sehr auffallend?

Christine: Ich habe erstmalig mit offenen Augen gesehen, welche Machenschaften durch die SED sich negativ ausgewirkt haben. Ich hatte mich vorher gar nicht so damit befaßt, weil mich immer nur die soziale Schiene interessiert hat. Die politischen Hintergründe waren mir nebensächlich. Die Kommunalwahlen 1989 waren die ersten, auf die ich mich vorbereitet habe. Von den Wahlmachenschaften, die da gelaufen sind, habe ich nichts mitbekommen. Erst hinterher. Nach der Wahl wäre ich arbeitslos geworden, weil meine Aufgabe erfüllt war. Der neue Bürgermeister hat uns gebeten, weiterzumachen, weil er unsere Erfahrungen nutzen wollte. Ich war auch sehr gerne bereit dazu, weil ich noch heute meine, daß ich nichts Schlechtes getan habe. Denn wenn man jemandem hilft und sich einsetzt - das kann nichts Schlechtes sein, egal, welcher Partei man angehört. Ich habe dann erstmal in meiner alten Tätigkeit weitergearbeitet und habe im vergangenen Jahr wieder die Wahlen geleitet. Danach wurde mir durch den Bürgermeister angetragen, die Stellung der Gleichstellungsbeauftragten anzunehmen. Er hat es so begründet, daß wir einmal nach der Umstrukturierung ein anderes Aufgabengebiet bekommen und zum anderen war es auch eine finanzielle Frage, denn es war keine andere Stelle möglich. Ich habe mir Bedenkzeit ausgebeten, habe mich erkundigt, was zu machen ist und im Dezember zugesagt, weil mir die Frauenarbeit weiterhin am Herzen lag, obwohl auch ein bißchen Abstand hinzugekommen war, denn es ist vorwiegend bei den Frauen eine Resignation eingetreten, sie wollen zur Zeit nichts hören und nichts wissen. Ich kann's ja auch verstehen.

L.J.: Wie ging es weiter?

Christine: Anfang Januar wurde mir eröffnet, daß Beschwerden eingegangen seien, aber nicht konkret, vom wem oder woher, daß ich doch mit meiner politischen Vergangenheit - SED-Mitgliedschaft wurde mit politischer Vergangenheit gleichgesetzt - eine solche Tätigkeit nicht ausüben dürfe und die Stelle müsse ausgeschrieben werden. Ich habe das auch von der einen Seite her verstanden, habe aber darauf hingewiesen, daß ich arbeitsrechtlich eine andere Tätigkeit annehmen müßte. Ich habe meine Arbeit danach normal weiter ausgeführt. Dann wurde die Stelle ausgeschrieben. Arbeitsrechtlich muß der Personalrat die Zustimmung geben, was er nicht getan hat, trotzdem ist sie ausgeschrieben worden. Es gingen auch Stellenbewerbungen ein, ich habe mich auch noch einmal beworben, obwohl es im Grunde ja sinnlos war, denn ich kann mich ja nicht auf eine Stelle bewerben, die ich bereits inne habe. Es wurden Stellenbewerberinnen gesammelt, durch den Hauptausschuß wurden sie geprüft und dann ist mir durch den Bürgermeister in der vergangenen Woche vermittelt worden, daß am heutigen Tag, 7. Mai, über die

Stelle in der Stadtverordnetenversammlung entschieden werden soll. Auch das ist ein Widerspruch, denn die Abgeordneten sind nur berechtigt, über Dezernentenfragen zu bestimmen. Es ist offensichtlich, daß es nur gegen mich als Person geht. Arbeitsrechtlich ist es so, daß ich mit Hilfe der ÖTV und des Personalsrates durchkomme, daß ich mein Recht durchsetze und die Stelle weiter besetze, wenn mir keine andere geboten wird. Aber befriedigen würde mich das nicht, ich möchte auch Vertrauen haben. Ich stehe jetzt in einer Zwickmühle, denn mir kann nicht gekündigt werden, ich würde gern weitermachen, aber ich werde wahrscheinlich nicht weitermachen können. Am heutigen Tag wird ja eine neue gewählt.

L.J.: Ist den Bewerberinnen bekannt, daß Du auf dieser Stelle sitzt?

Christine: Das weiß ich nicht.

L.J.: Meinst Du nicht auch, daß für Dich zutreffen könnte, was von Ute Froboß gesagt worden ist, daß die Leute, die schon einmal in der Öffentlichkeit gestanden haben, nicht mehr beschäftigt werden sollen, damit andere nicht sagen: "Was hat sich eigentlich geändert?"

Christine: Für mich persönlich ja. Aber der Widerspruch dazu ist der, daß andere Leute, die auch in der Öffentlichkeit gearbeitet haben, die aber einer anderen Partei angehört haben, jetzt weiterhin Leitungsposten haben. Wo nicht einer fragt oder sagt, daß dies nicht gut sei. Ich kann das einerseits verstehen, weil wirklich das SED-Regime Schuld daran ist, daß diese Mißwirtschaft entstanden ist, aber ich kann nicht verstehen, daß man alles pauschalisiert.

L.J.: Was heißt das "pauschalisiert?"

Christine: Indem gesagt wird, alle, die in der SED waren, haben sich schuldig gemacht,

haben Ungesetzlichkeiten begangen, haben sich unmenschlich verhalten, und müssen daher alle in einen Topf getan und weggetragen werden. Und das kann man nicht machen. Aber es gibt auch Beispiele, daß viele das eben nicht mehr sagen, weil es ihnen nur Schwierigkeiten macht. Ich bin aber der Meinung, man muß doch zu seiner Haltung stehen und kann nicht sein Fähnchen nach dem Wind drehen.

L.J.: Wie soll es jetzt weitergehen?

Christine: Ich möchte eine andere Stelle annehmen, obwohl mir diese Tätigkeit sehr viel Freude bereitet. Aber ich hätte im "Hinterstübchen" keine Befriedigung, weil ich wüßte, daß ich sie nur mit Recht und Gesetz durchgesetzt habe. Dann habe ich auch nach außen keine Wirksamkeit, haben viele nicht das Vertrauen, das ich eigentlich bräuchte. Ich kann es mir nur so vorstellen, daß ich eine andere Tätigkeit aufnehme und baue mir langsam wieder Vertrauen auf. Ich werde mich auch dieser Regierung gegenüber wieder loyal verhalten, was ich früher auch gemacht habe. Es geht doch gar nicht anders, wenn man in der Verwaltung arbeitet.

L.J.: Wie ist denn die Stimmung in der Bevölkerung gegenüber dieser Situation?

Christine: Was mir konkret bewußt wird, ist, daß die Leute gegen alles, was SED war, eingestellt sind. Einzelne, die mich persönlich kennen, reagieren anders: "Sie waren in der SED, aber Sie haben uns geholfen." Die Allgemeinheit läßt sich aber doch beeinflussen. Ich kann's ja auch verstehen.

L.J.: Wie lange meinst Du, daß diese Stimmung anhalten wird?

Christine: Die Stimmung wird erst dann anders, wenn sich den Leuten spürbar zeigt, es geht uns besser, wir haben Erfolge. Aber so

lange es noch bergab geht, wird auch die Arbeitslosigkeit auf die SED geschoben. Es mag in vieler Hinsicht berechtigt sein, aber man kann nicht alles auf die SED schieben. Es waren viele Parteien, die mit der SED zusammengear-

"Ich werde mich auch dieser Regierung gegenüber wieder loyal verhalten, was ich früher auch gemacht habe. Es geht doch gar nicht anders, wenn man in der Verwaltung arbeitet"

beitet haben und gerade die CDU hat in der früheren Verfassung mit unterschrieben, daß sie die führende Rolle der SED anerkennt. Und sie kann sich jetzt nicht aus der Verantwortung stellen ...

(Einen Tag später hatte sich die Situation vollständig gewandelt: Christine hatte, offensichtlich nach Gesprächen mit Freunden und/oder der zuständigen Gewerk-



Abb. 4: Diskussion im Bildungszentrum Dresden. Links Karin, Leiterin des Zentrums, rechts Frauen aus Baden-Württemberg.

schaft beschlossen, ihre Stellung als Frauenbeauftragte mit allen Mitteln zu verteidigen, wobei bezeichnenderweise das Argument: Recht und Gesetz als Vorwand angeführt wurde).

VIII. Damoklesschwert: der Paragraph 218

Seit 1972 galt in der DDR die Fristenlösung: Frauen erhielten das Recht, in den ersten drei Monaten einer Schwangerschaft über einen Abbruch allein zu entscheiden. Noch im Vorfeld der Wiedervereinigung wurde klar, daß hier ein großer "Sprengsatz" in dem Zustandekommen des Einigungsvertrags liegen würde. Und tatsächlich ist diese Frage ja auch verschoben worden: Bis Ende 1992 soll ein einheitliches Recht geschaffen werden, wobei die christlich-konservative Regierung in Bonn von Anfang an klargestellt hat, daß sie die Fristenlösung in der DDR nicht akzeptieren würde. Diese Frage hängt wie ein "Damoklesschwert" über den Frauen in der früheren DDR, aber nicht minder über den West-Frauen. Denn, wie uns Frauen sagten: "Alles Sprechen über Arbeit, Emanzipation und Gleichberechtigung wird sinnlos, wenn dieser Paragraph nicht verschwindet", gilt für West-Frauen uneingeschränkt. Wie kann eine Frau, so die Überlegung, je von Selbstbestimmung reden, wenn sie nicht einmal ihren eigenen Körper bestimmen darf? Vor allem ist den Frauen klar geworden: Wenn sie sich nicht in dieser Frage massiv zu Wort melden, dann rollt die Entwicklung über sie hinweg. "Unsere Männer", so sagte eine Frau aus Leipzig, "reden viel zu viel über den Paragraphen, Frauen viel zu wenig. Viele Männer sind jetzt plötzlich für ihn und gegen die Fristenregelung." So entstand aus diesen Überlegungen heraus ein interessantes Projekt in Chemnitz: Dort haben sich Frauen unterschiedlicher politischer Richtungen zu einem "runden Tisch" zusammengefunden, an dem gerade Fragen zum Paragraphen 218 und darüber hinaus zur Gewaltproblematik an Frauen eine wichtige Rolle spielen. Hier, an diesem runden Tisch entstand die Idee, den 218 in einem Frauen-Volksentscheid zur Abstimmung vorzulegen. Was der Name sagt: Nur Frauen sollen abstimmen. Hiermit wollen die Frauen nachdrücklich klarmachen, daß das Selbstbestimmungsrecht über den eigenen Körper allen anderen Rechten vorausgeht oder sie einschließt. Dazu wurde während der Tagung eine gemeinsame Resolution der sächsischen und baden-württembergischen Frauenbeauftragten verfaßt, die auf der einen Seite den Paragraphen 218 ablehnt und auf der anderen genügend Kinderbetreuungsmöglichkeiten und Hilfen für Schwangere fordert.

Keine Zwangsberatung, sondern wenn, dann eine auf freiwilliger Basis. Allerdings wird aus rechtlichen Gründen ein Frau-

Ansatzpunkt in der Diskussion um den Paragraphen 218, der nichts mit dem Slogan: "Mein Bauch gehört mir" zu tun hat, sondern es geht um das verantwortungsbewußte Selbstbestimmungsrecht der Frauen über ihren Körper.



Abb. 5

en-Volksentscheid nicht möglich sein. Einmal aufgrund der Verfassung nicht: Das Grundgesetz sagt im Artikel 20, Absatz 2: "Alle Staatsgewalt geht vom Volke aus. Sie wird vom Volk in Wahlen und Abstimmung und durch besondere Organe der Gesetzgebung, der vollziehenden Gewalt und der Rechtsprechung ausgeübt." Das Grundgesetz kennt nur wenige Möglichkeiten eines plebiszitären Volksentscheids: Vor allem bei Länderneuregelungen oder in Landesverfassungen. Und selbst wenn diese Hürde genommen werden sollte: Es wird kaum möglich sein, einen Volksentscheid auf Frauen allein zu begrenzen. Dennoch halte ich diese Überlegung der Chemnitzer Frauen für einen wichtigen

Abtreibungen, wurde weiter berichtet, sind seit der Wende auffallend angestiegen. Unsicherheit und Angst über die Zukunft drücken sich darin aus. Junge Frauen äußerten: "Wer jetzt noch Kinder in die Welt setzt, hat selber Schuld. Der Paragraph 218 ist doch nur ein Instrument, Arbeitsmarktprobleme lösen zu helfen, indem Frauen ins Haus abgedrängt werden." Daß sich Ost- und West-CDU in der Beurteilung des Paragraphen 218 nicht einig sind, sagte eine Frau aus Leipzig, Vorsitzende des CDU-Ortsverbandes. Jedenfalls in Leipzig vertrete die Ost-CDU eine andere Meinung als die West-CDU: Hier sind sehr viel mehr Frauen und Männer gemeinsam der Auffassung, daß die Fristenregelung bleiben müsse. Wobei sie das - richtige - Argument anführte: "Es hat sich doch gefäde bei euch immer wieder gezeigt, daß die Strafandrohung nichts bewirkt hat." Und, vor allem: "Niemand kann und darf uns die Entscheidung abnehmen, wir müssen diese alleine treffen. Auch wenn es immer wieder behauptet wird: Wir haben uns die Entscheidung, trotz Fristenlösung, niemals einfach gemacht. Wir sind doch keine Mörderinnen." Diese Frau wußte, wovon sie sprach: Sie hatte vor vielen Jahren eine Abtreibung hinter sich: "Ich habe Nächte vorher und Nächte hinterher nicht geschlafen. Aber ich war in einer solchen Notsituation, daß ich heute immer noch glaube, daß die Entscheidung damals richtig war. Und sie weiß es nicht nur aus eigener Erfahrung, sondern auch aus ihrer beruflichen: "Ich arbeite in der Jugendhilfe bei der Stadtverwaltung und kenne das Elend, wenn Kinder geboren werden, um die sich dann niemand kümmert. Wir haben immer wieder Fälle, wo ungewollte Kinder schlimm mißhandelt wurden. Und gerade dann fehlen komplett alle diejenigen Organisationen, die sich vorher so sehr gegen den Schwangerschaftsabbruch gestellt haben." Dazu auch die Meinung einer anderen: "Um das ungeborene Leben wird so viel gesprochen, so viel getan, um das geborene dann nicht mehr, da erlischt der Schutz des Staates."

Zum Paragraphen 218 gehört das Problem der (sexuellen) Gewalt an Frauen und der sexuelle Mißbrauch an Mädchen. Frauenhäuser oder Schutzwohnungen, wie sie bezeichnet werden, gab es vor der Wende nicht: Weil es nicht sein durfte, wurden Gewalt und sexueller Mißbrauch in der Öffentlichkeit verschwiegen. Es gab also keinen Ausweg. Im schlimmsten Fall wur-

den Männer, wie eine Frau es schilderte, für eine Nacht inhaftiert und "dann mit frischer Kraft auf die Frauen losgelassen." Nicht selten trug die Wohnungsnot zu einer Eskalation der Gewalt bei: Wohin hätten Frauen mit ihren Kindern auch gehen sollen? Nicht selten kam es vor, daß geschiedene Ehepartner noch für eine längere Zeit zusammenleben mußten - Nährboden für

"Im schlimmsten Fall wurden Männer, die sexuellen Mißbrauch begangen hatten, für eine Nacht inhaftiert und dann mit frischer Kraft wieder auf die Frauen losgelassen"

weitere Gewalt. Und das auch in den alten Bundesländern zu beobachtende Phänomen, daß Frauen die Schuld für das Scheitern ihrer Beziehung, für Gewalt, bei sich suchten: Sie gingen damit nicht an die Öffentlichkeit. Wozu auch - niemand hätte ihr geholfen. Es gab keine Möglichkeit, sich im Vorfeld beraten lassen zu können. So sehr im Schutzraum der Kirchen gewisse Freiheitsräume entstanden waren, in denen Frauen die Möglichkeit hatten, sich zu treffen - das Thema Gewalt gegenüber Frauen wurde auch hier heruntergespielt. Vehement sprachen sich die Frauen dafür aus, daß es eigentlich Männerhäuser geben müsse und Therapien für Männer: "Nicht das Opfer gehört in die Therapie, sondern der Täter." Daß dies vorläufig Utopie bleiben muß, lenkte den Blick auf die praktischen Fragen zurück, wie jetzt Frauen und ihren Kindern geholfen werden könne: So sollen in dem Bezirk Chemnitz dezentrale Wohnungen für mißhandelte Frauen entstehen. Ähnlich sieht es in Dresden aus. Jetzt wird offen über die Gewaltproblematik gesprochen, was vorher nicht möglich war. Das ist auf der einen Seite eine Befreiung. Was aber nichts an der Tatsache ändert, daß die jetzt offen zutage tretende Gewalt als schwere Bedrohung empfunden wird: "Wir sind fassungslos, wie das bei uns mit der Öffnung der Grenzen rückwärts gegangen ist. Auch bei uns gab es vorher Gewalt. Aber das war alles harmlos im Vergleich zu jetzt. Wir werden von einer Welle der Gewalt überrollt, wenigstens davor waren wir 40 Jahre bewahrt. Wir sind sehr, sehr ratlos", so die bittere Aussage von Mitarbeiterinnen aus dem Frauenbildungszentrum in Dresden. Eine Vergewaltigung wurde, wie sie sagten, in

der Zeitung als "ungewollte Sexualität" bezeichnet, Adressen von Puffs werden frei veröffentlicht. Ratlosigkeit herrscht auch in bezug auf die möglichen Formen des Widerstandes. So ist eine Strategie, die uns gesagt wurde: "Wir versuchen nicht mehr dagegen etwas zu tun, sondern was für uns, zum Beispiel in der Mädchenbildung. Sie müssen lernen, damit umzugehen, weil wir die Gewalt nicht wegdiskutieren können."

Es sei sehr schwierig, gerade in dieser Frage an Mädchen heranzukommen: Wichtig sei, daß Mädchen lernen, auch darüber miteinander zu sprechen. Aber das würde erst langsam wachsen, sei eine Vertrauenssache.

In diesem Zusammenhang gehört auch das Thema der sexistischen Werbung. Reklamen, wie sie neuerdings auf Litfaßsäulen und Plakatwänden (vgl. Abb. 5) anzutreffen sind, treten mehr und mehr im Straßenbild auf, vor denen Frauen ziemlich rat- und machtlos stehen. Das kann doch nicht die Freiheit sein, die Frauen sich erhofft und für die sie mit gekämpft hatten?

IX. Frauen - Verliererinnen?

Sind Frauen also doch die "Verliererinnen?" Als Fazit unserer Reise möchte ich festhalten: Wir Frauen sind uns zuerst mit einigen Berührungspunkten begegnet, weil gegenseitige Be- und Empfindlichkeiten nicht immer voll eingeschätzt werden konnten. Empfindlichkeiten wurden jedoch schnell abgebaut und machten einer vertrauensvollen Zusammenarbeit mit dem Austausch gegenseitiger Erfahrungen und dem Willen Platz, eine noch lange nicht erreichte Gleichberechtigung gemeinsam zu erkämpfen, für die ein langer Atem nötig sein wird. Wenn aber Frauen in den neuen Bundesländern "Verliererinnen" sind - dann sind wir es genauso. Aber nicht nur Frauen können "verlieren", materielles ebenso wie die Illusion, gleichgestellt zu sein, wie eine Frau es auf den Punkt brachte: "Wir dachten schon, wir wären gleichgestellt, mußten aber lernen, daß wir es nicht sind." Auch Männer verlieren etwas sehr Wertvolles: Das ist die Utopie einer Gesellschaft, in der Frauen in dem Sinn gleichgestellt sind, daß sie selbstverständlich gleiche Chancen der Beteiligung in allen Bereichen des öffentlichen Lebens haben: Noch mehr "Männer" brauchen wir nicht, wohl aber Frauen, die sich zu dazu entwickeln, ein Bewußtsein ihrer selbst, ihrer Kräfte und Fähigkeiten aufzubauen und von denen Männer profitieren könnten. Nach dem schönen Wort von Hedwig Dohm (1831 bis 1919) "Die Menschenrechte haben kein Geschlecht."

Literatur:

Infas Studie, Hrsg.: Bundesministerium für Frauen und Jugend: Frauen in den neuen Bundesländern im Prozeß der deutschen Einigung, 11/1991. (Materialien zur Frauenpolitik)
Otto, Louise, zit. in: Gelger, Ruth Ester / Weigel, Sigrid: Sind das noch Damen? Vom gelehrten Frauenzimmerjournal zum feministischen Journalismus. München 1981, S.48.
Riehl, Wilhelm Heinrich, zit. in: Möhrmann, Renate: Frauenemanzipation im deutschen Vormärz. Texte und Dokumente. Stuttgart 1978, S.253.

Literaturempfehlungen:

Kahlau, Cordula (Hg.): Aufbruch. Frauenbewegung in der DDR, Frauenoffensive, München 1990.
Gislinde Schwarz/Zenner, Christlne (Hg.): Wir wollen mehr als ein "Vaterland". Hamburg, Dezember 1990.
Gerhard, Ute: Unerhört. Die Geschichte der deutschen Frauenbewegung, Hamburg, August 1990.
Gunnar, Winkler (Hg.): Frauenreport '90. Im Auftrag des Ministerrates für die Gleichstellung von Frauen und Männern, Dr. Marina Beyer, Verlag: Die Wirtschaft Berlin GmbH, 1990.
Brandt, Helke: Die Menschenrechte haben kein Geschlecht. Die Lebensgeschichte der Hedwig Dohm, Weinheim 1989.

Bildnachweis:

Abbildung 2, aus: Möhrmann, Renate: Die andere Frau, Emanzipationsansätze deutscher Schriftstellerinnen im Vorfeld der Achtundvierziger-Revolution, Stuttgart 1977.



Louise Jochims, Jahrgang 1939, Ausbildung zur Kinderkrankenschwester (Hamburg) und Krankenschwester (Heidelberg). 1970 bis 1975 Abitur auf dem zweiten Bildungsweg. 1976 bis 1981 Studium an der PH-Weingarten: Deutsch, Geschichte, Politik. Abschluß Realschullehrerin. Weiterbildung zur Journalistin. Wohnhaft in Konstanz. Freie Mitarbeiterin bei verschiedenen Tages- und Wochenzeitungen im Bodenseeraum. Ein wesentlicher Schwerpunkt ist die Berichterstattung zu Frauenfragen in Geschichte und Gegenwart. Mutter dreier erwachsener Töchter.